

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Bergstraße 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Vierzahlung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umloster, Schmeißer und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingelesen.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle

Nr. 1. Sonnabend, den 3. Januar 1931. 34. Jahrg.

Hindenburgs Dank an die Wehrmacht.

Ein Neujahrserlaß des Reichspräsidenten.

An die Wehrmacht!

Am 1. Januar 1931 befehlt die Reichsverweir ein Jahrzeit lang in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefer vaterländischer Not wurde sie unter meinem Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als erste Kamerader des Reiches und als feste Stütze des Staates erwiesen. Das ihr zu trennen Sünden übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet.

Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahres und erblicke ihre meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre darinsetzen, in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung dem Vaterland zu dienen.

Berlin, den 31. Dezember 1930.

Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg.
Der Reichswehrminister
gez. Gröner.

Neujahr beim Reichspräsidenten.

Reichskanzler an Hindenburg.

Der Reichskanzler, der sich zuerst in Hindenburg aufhält, hat an den Reichspräsidenten zum Jahreswechsel folgendes Telegramm geschickt:

„Zum Jahreswechsel darf ich Sie, hochgeachteter Herr Reichspräsident, bitten, meine ehrerbietigen Glück- und Segenswünsche entgegenzunehmen. Ich weiß mich mit dem deutschen Volke, das Ihnen am Neujahrstage mit mir in Verehrung steht. Möge es Ihnen vergönnt sein, auch im neuen Jahr als das Vorbild treuer Pflichterfüllung dem deutschen Volk in schwerer Zeit auf dem Wege zur Einheit und zum Aufstieg voranzuführen.“

Dr. Brüning, Reichskanzler.

Bürgermeister Scholz und Stadtverordnetenvorsitzer haben ihm im Namen beider städtischen Körperschaften den Dank des Reichspräsidenten das nachfolgende Telegramm geschickt: Dem Herrn Reichspräsidenten sprechen wir namens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zum Jahreswechsel herzlichste Glückwünsche aus.

Die Empfänge.

Anlässlich des Neujahrstages haben bei dem Reichspräsidenten die üblichen Empfänge statt. Um 10.45 Uhr sog die Wache mit Musik zum Hause des Reichspräsidenten, an dessen Portal der Reichspräsident die Werbung entgegennahm. Um 11.30 Uhr begann dann die Ansahrt des diplomatischen Korps. Die Chefs der beim Reich beurlaubten fremden diplomatischen Vertretungen veranordneten sich in dem großen Saal des Reichspräsidentenbaus. Um 12 Uhr traf der Reichspräsident mit seiner Begleitung ein und begab sich in die Mitte des Saales. Der Apostolische

Nuntius Monsignor Orsini

brachte als Dohner des diplomatischen Korps dessen Glückwünsche in einer Ansprache zum Ausdruck. Im wesentlichen sagte er:

„Mit ganz besonderer Genugtuung darf ich zum ersten Male die ehrenvolle Aufgabe erfüllen, Ihnen, Herr Reichspräsident, die Neujahrswünsche des beim Deutschen Reich beurlaubten diplomatischen Korps auszusprechen. Es ist mir ein besonderes Vergnügen, in meiner Eigenschaft als Dohner des diplomatischen Korps ein treuer Dolmetsch zu sein aller edlen Wünsche der Wohlfahrt und des Gedeihens, die meine erlauchten Kollegen heute für Ihre Person und für die deutsche Nation hegen. Die Wertschätzung dieses neuen Jahres ist leider nicht ohne Trübnis. Der Horizont des internationalen Lebens bleibt noch immer düster; Millionen von kräftigen und arbeitswilligen Armeen sind gezwungen, untätig und unfruchtbar zu bleiben und mit beachtlichen Kosten der Unterhaltung und der Ernährung und der Körpererhaltung der Mannschaften, mit denen Deutschland, um Gure Erzellen geschickt, sich in diesen schweren Augenblicken bemüht, die wirtschaftliche Krise, die das Land bedrängt, zu überwinden. Ohne die volle und zuverlässige Unterstützung der Nation ist es nicht möglich, eine wirkliche wirtschaftliche Wiederbelebung der Völker herbeizuführen. Möge es Gott gefallen, daß diese ich erwiderten und schon oft in Aussicht gestellten wohlwollenden Strömungen im Laufe dieses Jahres zur Entfaltung werden zum Geben des deutschen Volkes und zur Wohlfahrt der ganzen Menschheit.“

Hindenburgs Antwort.

Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten:
Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten: „Der Reichspräsident antwortete hierauf mit folgenden Worten: Es ist für mich eine besondere Freude, von Ihnen zum erstenmal in Ihrer Eigenschaft als Dohner die Wünsche des diplomatischen Korps für die Wohlfahrt und das Gedeihen des deutschen Volkes entgegenzunehmen. Ich fühle mich für diese in so herzlicher Form dargebrachten Wünsche und auch für die meiner Person gemachten freundlichen Worte sehr wohl verpflichtet.“

„Sie haben auf die schwere wirtschaftliche Krise hingewiesen, unter der heute fast alle Länder leiden. In diesem Zusammenhang haben Sie vor allem der Arbeitslosigkeit gedacht, die diese wirtschaftliche Krise fast allen Staaten zu ungewohnter Unfruchtbarkeit verurteilt und hilfere Not für Millionen unserer Mitmenschen im Gefolge hat. Wie besonders wichtig seien die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise das deutsche Volk. Wie Sie, Herr Nuntius, hervorheben, hat Deutschland seine äußerste Kraft eingesetzt, um die Grundlagen seiner Wirtschaft zu sichern. Aber unsere Hoffnung auf eine dauernde wirksame Besserung der Lage ist auch von Umständen abhängig, über die wir nicht allein Herr sind. Mit steigender Spannung erwartet das deutsche Volk, daß die

internationale Zusammenarbeit

sich im kommenden Jahr als wirksam genug erweist, um das deutsche Volk vor weiteren schwerwiegenden Enttäuschungen zu bewahren. Der Ausgleich der starken Interessengegenstände, die allenfalls das politische, wirtschaftliche und soziale Schicksal der Völker bedrohen, kann nicht von den einzelnen Ländern, kann nicht in Vereinigung vollzogen werden. Zusammenarbeit aller, Zusammenarbeit aller politischen Kräfte zur Überwindung der Krise, zur Beilegung der Hindernisse für den gemeinsamen Fortschritt ist die große Friedensaufgabe.

„An der Deutschland mitwirkenden Entschlossenheit ist. Wenn wir uns im neuen Jahr die Weg hierzu bahnen, dann wird das Jahr ein fruchtbares und gelungenes gewesen sein. Dieser Hoffnung, in der ich mich mit Ihnen allen und Ihren Vätern einig zu wissen glaube, möchte ich am heiligen Tage Ausdruck geben. Ihnen aber, Herr Nuntius, sowie Ihnen, meine Herren, zugleich für Ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker spreche ich im Namen des deutschen Volkes und in meinem eigenen Namen meine aufrichtigsten und herzlichsten Neujahrswünsche aus.“

Nach dem Austausch der Ansprachen begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Vorkämpfer, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. An dem Empfang nahmen der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Brüning, Staatssekretär Dr. Luther und die übrigen Herren der Umgebung des Reichspräsidenten sowie der Chef des Protokolls, Graf von Zietzenbach, teil.

Der Empfang der Reichsregierung.

Um 12.50 Uhr fand der Empfang der Reichsregierung ebenfalls im großen Saal des Reichspräsidentenbaus statt. In Vertretung des beurlaubten Reichskanzlers begrüßte namens der erschienenen Reichsminister und Staatssekretäre des Reiches Reichswehrminister Dr. v. H. Dr.-Ing. Gröner der Reichspräsident mit einer Ansprache. Er übermittelte die ehrerbietigen und herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung und sagte weiter, mit der Regierung vereine sich das gesamte deutsche Volk in dem Wunsche, daß dem Reichspräsidenten auch in diesem Jahre Gesundheit und Wohlergehen beschieden sein möge. Gröner fuhr fort: Das vergangene Jahr brachte uns die schicksalsschwere Wendung der Haager Verhandlungen mit den Abmachungen über den Versailler Vertrag. Wir mußten uns trotz schwerer Bedenken zur Annahme dieser Regelung entschließen, weil sie eine erhebliche Verbesserung unserer Verhältnisse mit sich brachte, weil sie die ausländischen Kontrollen über Deutschland beseitigte und endlich, weil sie zur Besserung des Weltstandes führte.

„Seither hat sich jedoch in der gesamten Weltwirtschaftslage eine so tiefgehende Wandlung vollzogen, daß die Reichsregierung nun die ersten Schritte zu tun hat, um den deutschen Volk in dem neuen Jahr entgegenzusehen zu können. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.“

Die berechtigten Sorgen und Besorgnissen der deutschen Vorkämpfer haben in unserer Öffentlichkeit einen starken Widerhall gefunden. Die Reichsregierung teilt und würdigt diese Empfindungen und wird in der Sorge für das deutsche Volkum keinesfalls unserer Grenzen eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen.

Schwer empfindet es das deutsche Volk, daß der Grundsatze der Gleichberechtigung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht verwirklicht ist. Doch immer ist die feste Überzeugung der Reichsregierung auf Wahrung durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt, und noch immer muß Deutschland in seiner Sicherheit bedroht bleiben.

„Nach wie vor ist die Aufgabe der Reichsregierung, die ich gerade in meiner Eigenschaft als Reichswehrminister zu unterstreichen die Pflicht habe, mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß der Grundsatze gleicher Sicherheit für alle Völker, ohne den eine wahre Weltfriede unmöglich ist, sich durchsetzt. Dann werden sich die Reichsregierung über die innere Lage und kam zu dem Schluß, daß trotz aller Leiden, trotz aller Gefahren und trotz aller Sorgen sich der Lebenswille des

deutschen Volkes ungebrochen behauptet. Er gibt uns das Recht, zuversichtlich für eine Zukunft zu werken, in der das Reich in friedlicher Arbeit wieder frei und unabhängig den ihm gebührenden Platz unter den Nationen der Erde einnimmt!“

Reichspräsident von Hindenburg

antwortete mit Dankesworten und einem Hinblick auf die Sorgen des vergangenen Jahres. Er sagte u. a.: Von den Wünschen, mit denen wir hier vor einem Jahr diesen Tag begrüßt haben, hat sich nur der eine erfüllt: Dem beliebigen Gebiet ist die langjährige Freiheit von fremder Besatzung wiederhergestellt worden. Wir begrüßen die Wärmung der Lande am Rhein als einen Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden und hoffen, daß bald auch das Saargebiet der von der gesamten Bevölkerung dort heimlich gewünschte Tag der Wiedervereinigung mit dem Vaterland beschieden sei.

„Ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Mit Ihnen bin ich fester der Ansicht, daß die Durchführung der

allgemeinen Abrüstung

nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschlands gegenüber, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirksamen Befreiung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß.“

„Innerpolitisch ist jetzt unsere größte Sorge die Arbeitslosigkeit, die so viele arbeitswillige Hände zur Unfähigkeit bringt. Auf dieser Sorge kommt noch die Not der Landwirte hinzu, besonders im Osten unseres Vaterlandes. Das unrettbar zu werdende Schicksal der Arbeitslosen zu schaffen und dem deutschen Landwirt seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird von dem Gebiete der inneren Politik unsere erste Aufgabe sein. Ich bin mit Ihnen überzeugt, daß die in den letzten Monaten von uns gemeinsam begonnenen finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen eine feste Grundlage geben, auf der wir unseren Kampf gegen die wirtschaftliche Not entschlossener weiterführen wollen.“

„Vor einem Jahre habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einheit im deutschen Volk sich festigen und zum Zusammenhalt aller schaffenden Kräfte führen möge. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Ich begreife nicht es scheinen, als ob die letzte Sorge um das Einzelgeschick den Gedanken an das Gesamtgeschick Deutschlands und die Zukunft unseres Vaterlandes zurückdrängt und neue Gegenstände geschaffen hat. Verzichtbarkeit der Anschuldigungen und der persönlichen Interessen wird und muß sein; aber es ist nicht nötig, daß die Verzichtbarkeit zu einem politischen Kampf führt, der das deutsche Volk zerschneidet und dann in der Zeit der Not und Gefahren zu einem einheitlichen Willen unfähig macht. In Wirklichkeit ist bei unserer Betrachtung das Gesamtgeschick und das Trennende gar nicht von solcher Bedeutung, daß es ein

Zusammengehen in den Lebensstragen

unseres Vaterlandes, in den Dingen, die uns alle gemeinsamem Schicksal bestimmen, vereinigen sollte. Wir müssen uns nur mehr auf uns selbst beziehen, wir müssen endlich aus dem Durcheinander der Gefühle und dem Widerstreit der eigenen Interessen den Ausweg finden. Aus dem eigenmächtigen Streben um politische Programme und um selbstliche Vorteile müssen wir uns empören; zu gemeinsamer praktischer Arbeit für das Gesamtvolk.“

„Zum Schluß wies der Reichspräsident nochmals auf die notwendige Einheit als alleinige Grundlage für Widerstandsfähigkeit unseres Volkes hin und begründete darauf die einzelnen Punkte.“

Weitere Empfänge.

Um 12.50 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichslagspräsidenten v. B. Er empfing die Vertreter des Reichslags, für die Wehrmacht Reichswehrminister Gröner, General der Infanterie v. Sasse für den beurlaubten Chef der Wehrleitung sowie der Chef der Marineleitung, Admiral v. S. Ferner überbrachten Glückwünsche für die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft u. a. Generaldirektor Dörmüller und für das Reichsbankdirektorium Reichsbankpräsident Dr. Luther.

Vor dem Wais des Reichspräsidenten hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt. Der Reichspräsident wurde von der Menge mit kräftigen Hochrufen begrüßt.

„Beim Jahreswechsel hat der Reichspräsident mit den Königen von Belgien, Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden sowie mit dem Reichsverweser von Serbien und dem Bundespräsidenten Milla telegraphische Glückwünsche ausgetauscht.“

Hoffnungen für 1931.

Wünsche zum Beginn.

Zum 1. Januar 1931 haben sowohl allgemeine wie politische Vereinigungen wie auch Einzelpersonen ihre Wünsche und Wünsche für das kommende Jahr öffentlich bekanntgegeben. Es kommt darin das volle Bewußtsein für die überaus schwierige Lage, in der sich das wirtschaftliche und politische Leben des Reiches befindet, zum Ausdruck, ohne daß in diesem hoffnungslosen Optimismus die Oberhand gewinnt. Durchweg wird die Treue zum deut-

ischen Vaterland uneingeschränkt ausgeprochen und der Wille, an seinem Wiederaufbau mitzuwirken.

Aus der Fülle der Darlegungen geben wir eine Reihe der bedeutendsten wieder, ohne daß dabei wieder Vollständigkeit zum Ergründung des Themas bewahrt sein soll. Besonders sieht man, daß auch in dieser schweren Zeit das Interesse an dem Ergehen der Gesamtheit nicht erloschen ist und die Erwartungen auf eine künftigen Aufrüstung der Gemeinschaft deutschen Blutes nicht aufgegeben werden dürfen.

Kanzler Brüninges Neujahrsgedanken.

Der Reichskanzler Dr. Brüning überbringt die Stenogramm des Neujahrsgedankens 1931 überdies den Stenogramm. Das Jahr 1930, sagt er darin, war ein schweres Jahr, Depression und Krisis der Finanzen nahnten das Wohlfahrt in unserem Volk. Es wurden Bewegungen groß, die über dieses Wohlfahrt hinaus die neuzeitliche Ordnung unserer politischen Verhältnisse als des Rufes des Staates und der Nation Schuldige anlagten und sich anheißig machten, Volk, Staat und Kultur aus ihren Grundlagen, ihrem Blute und ihrer Zukunft ernennen zu können. Von diesen fanden die innerpolitischen Ereignisse Handlung an der allgemeinen politischen Umwälzung in der Welt sowie in der Abmilderung der Mächte, in den Fragen der Weltwirtschaft, der deutschen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang der Souveränität und der Weltverhältnisse im Rahmen einer schöpferischen, die Völker verbindende, Genuß vermehrende, die Kultur der Menschheit fördernde Politik zu aktivieren. Dennoch aber hat sich im abgelaufenen Jahre so viel politisches Verhängnis ereignet und durchgeföhrt können, daß wir den Frieden außer in seiner Gestalt, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensarten, zu suchen in der Fähigkeit und der Geschicklichkeit, seine großen Anlagen und unerwähnten Kräfte richtig zu behandeln und einzusetzen. Besonders im Politischen müde es sich zu zeigen, daß alle politischen Kräfte auf sich, daß aber alles Aufstehen nicht darin besteht, daß alles zugleich getan wird, sondern daß ein Stein für den anderen fällt.

Nehmen wir maßhalten nicht nur im Politischen selbst, sondern auch in den Angelegenheiten des Volkes. Die Aufgaben, die diese uns stellt, sind nicht neu; wir haben sie ja auch nur einen Augenblick — gleichsam wie Augenblicke — im Frühling des neuen Jahres betrachtet. Wir begrüßen dieses Jahr als Mannespflicht, die Aufgaben des Jahres zu wenden und morgen wieder dem unvollendeten Werke zu.

Der Kampf des Landvolkes.

Die Landvolksnachrichten veröffentlichen Verhandlungen über das verfloßene Jahr, die denen die wir ausführen. So beschränkt die Vor der Landwirtschaft jetzt am Jahresende ist — vor einem Jahre ist weitgehend durch Schicksale Vermehrungen bewahrt, nämlich in den völligen Zusammenbruch der Preise auf dem Agrarmarkt hinuntergeraten und völlig vernichtet zu werden. An den Wochen vom 14. September 1930 erntete sich, daß die revolutionäre Stimmung im Lande schon bis zu einem schärferen Nationalismus gelehrt war. Wir erlösen heute darin einen elementaren Vorgang, der nichts mit Parteibegriffen zu tun hat, sondern ein allgemeines Ziel in Bewegung setzt, die zu dem von uns erstrebten Ziele hingeleitet werden müssen. Ein Wort gewinnt wieder Bedeutung, das ebenfalls eine Epoche verzeichnet: nationale Widerstandes einleitet: Erst Wort, dann Reparationen!

Dr. Curtius an die Grenzmark.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hat an die Provinz Grenzmark Vollen-Vollpreußen einen Neujahrsgedächtnisbrief geschickt, in dem es heißt: „Meine künftigen Reden sind gepreugt und Schließen erlangen dem Gedanken, nicht nur Anschauung ein lebendiges Bild von der Lage der Dinge an Ort und Stelle zu gewinnen. Meine schwierige Aufgabe in Genf wird mit durch die persönlichen Einwirkungen und Informationen, die ich von den bedrängten Sachvernehmern in reichem Maße erhalten habe, wesentlich erleichtert. Da hoffe ich, daß das neue Jahr der Grenzmark Vollen-Vollpreußen sowie dem deutschen Volk ein Jahr der Erneuerung und Neuorientierung sein möge und die Sorgen Erleichterung und Befreiung bringen.“

Hilfsbereitschaft.

Oberpräsident Dr. e. h. von Winter hat eine Kundgebung herausgegeben, die er so heißt: „Von Reichspräsident Dr. Brüning ist mir heute ein Brief gekommen, der mich einen gewissen Auftrieb verleiht. Aber auch diese Zeit brachte vielen doch wieder neue Sorgen. Man kann vielleicht ein paar Tage hindurch sich innerlich absperrern gegen das, was von draußen her auf uns einströmt, aber so etwas gelingt nur eine kurze Zeit hindurch. Denn der letzte Tag des vergangenen Jahres brachte doch vor allem den Aufschwung zu schwerwiegenden politischen Entscheidungen. Die Aufgaben sind in den nächsten Tagen werden in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag eintreten müssen; hat sich doch gerade in der Tarifindustrie die Wirtschaftskrise besonders tief nach der Richtung hin ausgewirkt, die Gefährdungen einer überaus schärferen Nationalisierung zu unterziehen. Dringender noch ist die Unterstützung der Lage im Bergbau. Bisher ist noch niemals die Arbeitslosigkeit über den Lohnverhandlungen angegangen mit dem Zweck, die Gefährdungen gleichfalls auf eine wirtschaftlich unbedingt notwendige zu beschränken. Eine Verständigung der jetzt noch bestehenden Differenzen durch Streit oder Ausbrennung vermögen wir

Neujahrswünsche.

Wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen. — Die vornehmste Aufgabe. — Großes Gedächtnis.

... der Alltag hat uns wieder“ darf man jetzt mit einer leichten Abänderung des „Faul“-Wortes sagen, nachdem die letzten Tage des vergangenen Jahres einen gewissen Auftrieb verleiht. Aber auch diese Zeit brachte vielen doch wieder neue Sorgen. Man kann vielleicht ein paar Tage hindurch sich innerlich absperrern gegen das, was von draußen her auf uns einströmt, aber so etwas gelingt nur eine kurze Zeit hindurch. Denn der letzte Tag des vergangenen Jahres brachte doch vor allem den Aufschwung zu schwerwiegenden politischen Entscheidungen. Die Aufgaben sind in den nächsten Tagen werden in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag eintreten müssen; hat sich doch gerade in der Tarifindustrie die Wirtschaftskrise besonders tief nach der Richtung hin ausgewirkt, die Gefährdungen einer überaus schärferen Nationalisierung zu unterziehen. Dringender noch ist die Unterstützung der Lage im Bergbau. Bisher ist noch niemals die Arbeitslosigkeit über den Lohnverhandlungen angegangen mit dem Zweck, die Gefährdungen gleichfalls auf eine wirtschaftlich unbedingt notwendige zu beschränken. Eine Verständigung der jetzt noch bestehenden Differenzen durch Streit oder Ausbrennung vermögen wir

zurzeit in Deutschland einfach nicht zu erragen. In England haben sich auch heute noch nicht die Bünden ganz geschlossen, die der Wirtschaft dieses Landes durch den großen Bergarbeitersstreik des Jahres 1926 geschlagen worden sind. Trotzdem ist es dort auch jetzt wieder zu einem Kampf gekommen, hat die Arbeiterregierung MacDonalds trotz außerordentlich eifriger Bemühungen den Ausbruch eines Streites im Südwalisischen Kohlenrevier nicht verhindern können. Auch in England spüren sich die sozialen Gegensätze zu, und es ist dem jetzt bevorstehenden Jahr, dem Führer der englischen chemischen Industrie, zwar gelungen, Arbeitergouverneure und Arbeitseiner an einen gemeinsamen Verhandlungstisch heranzubringen, aber nicht zu einer Vertagung der Streitfragen in der Lohnhöhe und der Arbeitszeit beim Bergbau. Vielleicht gibt für den Ausgang der Auseinandersetzungen im Ruhrbergbau der Schiedsspruch eine Änderung, der jedoch im nächsten Jahreslohnbergbau erfolgt ist. Die Schlichtungskammer hat einen Lohnabbau von sechs Prozent beschlossen. Das wären 50 Prozent besser, als heute noch die Verhältnisse der Arbeiterverhältnisse. Man wird hoffentlich oder vielmehr man muß sich einigen können, nicht bloß im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise, sondern vor allem auf das soziale Schicksal von dreihunderttausend deutschen Menschen und weiteren Hunderttausenden ihrer Angehörigen.

„Auch ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.“ — diesen Satz in der Ansprache beim Neujahrsempfang des Reichsministeriums sollte man in der kommenden Zeit ganz besonders beachten. Der Reichspräsident hat es in mehreren den Worten in seiner Rede über die Verhältnisse der politischen Anschauungen vielfach zu einem Kampfe geführt habe, „der das deutsche Volk zerreißt und dann in der Zeit der Not und Gefahren zu einem einheitlichen Willen unfähig macht“. Aber es liegt doch schließlich nicht nur an einem solchen einigermassen guten Willen. Hat doch Hindenburg allzu recht damit, wenn er hinzufügt, „in Wirklichkeit ist bei niedrigerer Betrachtung das Gegenstück zum Fremden das nicht von solcher Bedeutung, daß ein Zusammengehen in den Lebensfragen unseres Vaterlandes, in den Dingen, die uns aller gemeinsamen Schicksal bestimmen, gehindert ist“. Schließlich ist es doch die Hauptfrage, für die Massen des deutschen Volkes vor allem eine irgendwie geartete Lebensgrundlage zu erhalten, bzw. zu schaffen; ist es wichtiger, dafür zu sorgen, daß wir leben, als wie wir politisch unser Dasein gestalten. Und darum möchte man nicht bloß als Zeuther, auch wünschen, daß der leitende Gedanke der Ansprache des päpstlichen Nuntius nicht bloß ein Wort bleibe, sondern endlich zur Tat werde, „ohne die volle und aufrichtige Eintracht der Nation ist es nicht möglich, eine wirkliche wirtschaftliche Wiedergeburt der Völker herbeizuföhren“.

Die Probe aufs Exempel wird in bald gemacht werden. Beginnen damit die Staatsmänner bereits, ihre Stoffe zu packen, um in Genf zur Tagung des Völkerbundes zu erscheinen. Dr. Curtius, der deutsche Außenminister, wird diesmal mit besonders großem Gepäck reisen, denn in seinem Koffer bringt er die deutschen Noten über die Verpflogungen und Missstände mit sich, die unseren Volksgenossen in Polen widerfahren sind. Es ist als ein günstiges Verzeichen zu betrachten, daß der von Dr. Curtius mitzubringende Koffer, diesmal nicht das ihm zugehörige Präsidium bei der Tagung übernehmen zu müssen, von England erfüllt worden ist und ein Tausch in Vorrichtung ist. Der deutsche Delegierte weiß, daß er in seinem Koffer neben den Verhandlungen auch die Forderung des ganzen deutschen Volkes nach Genf mitführt, daß der Völkerbund endlich einmal einbezogen wird, um auch den deutschen Minderheiten innerhalb der Reichsgrenzen das Recht zum Leben und zum vollberechtigten Dasein zu verschaffen. Dr. Curtius weiß aber auch, daß sein Gebot sich nicht länger verlassen lassen will. Hinter ihm steht eine über alle Parteigrenzen hinweg gehende geschlossene Willensmeinung eines Volkes von 65 Millionen. Als wir vor fünf Jahren den Völkerbund bei nationaler Minderheiten zu ihrem Recht zu verhelfen. Bisher ist diese Pflicht auf unüberwindliche Widerstände gestoßen. Jetzt muß es sich zeigen, ob der Völkerbund noch ein Recht darauf hat, sich auf sein Statut zu berufen, in dem dieses Daseinsrecht der Minderheiten mit an erster Stelle steht. Dr. Fr.

Sicherheit für Deutschland!

Reichswehr und Abrüstung.

In einer Rundfunkansprache gedachte am Neujahrstag der Reichswehrminister Gröner die des zehnjährigen Bestehens der Reichswehr in der im Versailles Vertrag diktierten Form. Der Minister zeichnete in großen Zügen die Entwicklung der jungen deutschen Wehrmacht. Es wurde sich herausstellen müssen, ob die ehemaligen Kriegsgegner die Abrüstungsverpflichtung im Versailles Vertrag auch für sich einhalten wollten oder nicht. Deutschland werde mit allem Nachdruck die Forderung auf gleiches Maß und gleiche Sicherheit erheben. Dies gelte auch in der Rüstungsfrage. Es gebe kein Land, das der Sicherheit mehr bedürfe als Deutschland mit den beiden offenen Grenzen und der entmilitarisierten Zone. Über die letztere Gelegenheit der Reichswehr sagte Gröner u. a.: „Gehört eine deutlicher Beweis für die Notwendigkeit der Überparteilichkeit der Reichswehr als die Entwicklung der letzten Zeit.“ Gerade angesichts der ungeheuren Zersplitterung im Volk müsse die Reichswehr ein haarscharfes Instrument des Ganzen sein. Die Reichswehr sei zu einem berufsständigen Instrument der bürgerlichen Erziehung des Soldaten und seine Eingliederung in das Volksganze. Niemand in Deutschland wolle einen Krieg. Es gebe aber nur zwei Möglichkeiten, entweder Verzicht auf die Wehrhaftigkeit und den Verteidigungswillen und damit die Überantwortung des politischen Schicksals an den guten Willen der anderen Nationen oder aber das Herausheben aller gegebenen Möglichkeiten zur Selbstverteidigung des Staates.

Die bevorstehende Völkerbundtagung

Curtius verzichtet auf den Vorstoß.

Der englische Staatssekretär des Äußeren, Henderson, hat den Wunsch des deutschen Außenministers Curtius erfüllt, an seiner Stelle den Vorstoß in der Januartagung des Völkerbundes zu übernehmen, wogegen der deutsche Außenminister in der Mitteilung an Ende des vorigen Jahres präzisieren soll. Der Vorstoß sieht diesmal eigentlich dem deutschen Außenminister zu. Da er aber diesmal forsagen in besonderer Mission nach Genf geht wegen der Vertretung der deutschen Anlagen und Beschwerden gegen die Gewalttaten der polnischen Regierung in bezug auf die deutsche Minderheit, hat die Reichsregierung es für wichtiger gehalten, wenn Curtius in Vertretung der deutschen Interessen nicht durch das Amt des Vorsitzenden gehindert wird.

In Genf unterrichteten Kreisen verlautet, daß die polnische Regierung auf der Januartagung des Völkerbundes die französische Unterstützung zunächst in dem Sinne suchen werde, daß durch Anzweiflung der Zuverlässigkeit des in den drei deutschen Vorschlägen enthaltenen vorgeschlagenen Antragsmaterials eine sofortige Entscheidung unmöglich gemacht wird. Man erwartet, daß in den Genfer Verhandlungen vor der sachlichen Behandlung der deutschen Beschwerden von politischer Seite die Frage aufgeworfen wird, ob und wie eine Nachprüfung des deutschen Antragsmaterials erfolgen würde. Dem Völkerbund steht folgendem die Möglichkeit offen, aus seiner Mitte einen Untersuchungskommission zur Feststellung der Tatsachen zu bilden. Einer Verhinderung der endgültigen Entscheidung in dem offenkundigen von Polen angeforderten Sinne müßte dagegen von deutscher Seite mit allen Mitteln entgegen gearbeitet werden.

Die Revisionsmöglichkeiten.

Zahlreiche Verhandlungen auch aus der nicht-deutschen Welt haben betont, die Genfer Tagung dürfe diesmal nicht vorbegehen ohne die Prüfung, ob nicht die internationale Lage dem Frieden gefährlich werden kann und ob es deshalb nicht notwendig sein wird, einige Bestimmungen des Versailles Vertrages zu revidieren, zumal es heute schon offenbar sei, daß sie sich nicht länger erfüllen lassen ohne dauernden Schaden für Wirtschaft und Völker.

In einem Teil der französischen Presse bricht sich die gleiche Ansicht Bahn. So sagt die „Republique“: „Ob es sich um Abrüstung oder um Auslegung der Verträge handelt: die wichtigsten Probleme dieser Zeit können nicht ohne den Geist von 1924, ohne den Geist von Locarno, gelöst werden, den die französische Republikaner gegen die Reaktion durchgeföhrt haben und für den sie weiterkämpfen werden.“ Und es an dem Völkerbund im „Revue“ darauf hin, es sei falsch, daß eine Nation ihre volle Sicherheit nur in militärischen Rüstungen finden könne. Wenn dieser Grundgedanke richtig sei, dann müsse er für alle Nationen gelten, für Deutschland ebenso wie für Frankreich, für Ungarn ebenso wie für die Staaten der kleinen Entente.

Amerikanische Stimmen für Revision.

Deutschland leidet am schwersten.

Der Wanker James Speyer veröffentlicht einen Artikel über das Reparationsproblem und die Frage der Kriegsschulden. Speyer weist darauf hin, daß Deutschland in Folge der schweren ihm auferlegten Lasten gezwungen ist, seine Zukunft ständig zu steigern, und daß von dieser Konkurrenz kein Land mehr als Amerika betroffen würde. Allgemein leide die Weltwirtschaft heute mehr unter den Folgen des Friedens als unter den Folgen des Krieges. Allerdings sei es zunächst Aufgabe der europäischen Nationen, sich untereinander zu einigen. Zu der Frage der Kriegsschulden betont Speyer, daß die Rückzahlungen den Handel stören, da die Kaufkraft des Geldes stark gestiegen ist. Amerika könne es sich im Interesse seiner Bevölkerung nicht leisten, alle Schulden zu freieren. Man könne aber die Frage des Vermögens weiterverfolgen und den Schuldner gegenüber ein größeres Entgeltommen zeigen. Dies lege jedoch voraus, daß jede Schuldnernation auch ihren eigenen Schuldner gegenüber Nachsicht zeige, wenn Amerika beispielsweise einen fünfjährigen Aufschub gewähren würde.

Mussolini an Amerika.

Eine Ausbrennungspraxis.

Der italienische Staatschef hat am Neujahrstag eine Ansprache an die Amerikaner, wobei er sich des Rindfünftes bediente.

Mussolini sprach zunächst von der großen Bedeutung der Vereinigten Staaten. Der Weltkrieg wäre nicht ihr gewaltiges Gewicht in die Waagschale geworden, und ohne ihre Mitarbeit könnte heute die Welt aus der Kriegstrübsnis nicht heraus. Mussolini wandte sich dann gegen die grundlosen Gerüchte, die im Reichsministerium für den Frieden leben wollen. Weder er noch seine Regierung noch das italienische Volk dächten an Krieg. Italien werde niemals die Initiative zum Krieg ergreifen.

Die Beziehungen Italiens zu Sowjetrußland seien wirtschaftlicher Art. Innenpolitisch blieben Faschismus und Bolschewismus Antipoden. Mussolini behandelte zum Schluß den Brezsa b a n und die Arbeitslosigkeit, die auch in Italien mit einer halben Million Arbeitsloser Befragten erzeuge. Mussolini schloß mit einer abermaligen Versicherung des erstlichen Friedenswunsches und mit der Überzeugung, daß der Welt der Friede erhalten bleibe und in naher Zukunft eine neue Ära des Wohlführens anbrechen möge.

Haubitzersaal an ein junges Mädchen.

Haubitzer. Auf dem National in Haubitzer wurde ein Haubitzer verlobt. Ein junges Mädchen aus dem Haubitzer Haubitzer hatte von der Hand Gehebt und auf der Hand für 161 Haubitzer Haubitzer gekauft. Kurz vor ihrem Haubitzer prana aus einem hinter ihr verbliebenen Haubitzer und plötzlich ein Mann heraus, entritt ihr die Tafel mit 230 Haubitzer und 230 Haubitzer und entkam in der Haubitzer Haubitzer der Haubitzer Haubitzer.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Übernahme von Reichsfinanzmitteln.

Von zünftiger Stelle wird die Übernahme von 64 Millionen Reichsbahnvorschußgattungen durch die Allianz und Stuttgarter Lebensversicherung auf Grund einer Vereinbarung mit dem Reichsfinanzministerium bestätigt. Der Betrag wird bis zum 15. Februar gesalbt sein. Es handelt sich hierbei um einen Teil der Summe in Höhe von 300 Millionen Reichsmark auf der Einnahmeseite des außerordentlichen Haushalts.

Aufhebung des Demonstrationsverbots in Oberschlesien.

Mit Rücksicht auf die von der obersteinsten Bevölkerung erwiesene musterhafte Disziplin, die nicht genug anerkannt werden kann, ergeht nach amtlicher Mitteilung die Aufhebung des von dem Regierungspräsidenten am 1. Dezember 1930 erlassenen Versammlungsverbotes nicht erforderlich. Das Verbot ist daher mit Wirkung vom 2. Januar 1931 aufgehoben.

Für den Preisabbau.

Der Zentralrat des Verbandes der deutschen Gewerkschaften hat nach einem Vortrag des Generalsekretärs des Gewerkschaftsrings eine Entschließung angenommen, in der an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wird, dringlichst wirksame Maßnahmen für einen spürbaren Preisabbau zu ergreifen. Für den Lebensmittelmangel seien Preisfestsetzungen fast ganz nicht in Erscheinung getreten. Verschiedene Preisfestsetzungen würden einen allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau gegenüber. Das bedeute ein erneutes Absinken des Konjunkturs und eine Winderung der Kaufkraft.

Nikaragua.

Großes Gefecht mit Amerikanern.
Wie aus Managua in Nicaragua gemeldet wird, ist es zu einem großen Gefecht zwischen amerikanischen Marinejohannern und nikaraguanischen Freiheitskämpfern bei Cocotal am Fluß Coco nahe der Grenze von Honduras gekommen. Acht Marinejohannern, darunter ein Sergeant, wurden getötet und zwei schwer verletzt. Die Nicaraguaner verloren elf Tote. Der Angriff auf die Marineabteilung kam völlig überraschend, obwohl drei Monate ein Kleinkrieg geführt wurde. Das Gefecht dauerte über zwei Stunden. Man nimmt an, daß General Sandino wieder in Nicaragua eingetroffen ist und Miguel Driez mit der Durchführung des Angriffs betraut hat.

Der Mond mit dem Riesenhof.

Eine seltene Sinneserscheinung am Neujahrstage.
Am Abend des Neujahrstages konnte man vielerorts eine merkwürdige, nur sehr selten vorkommende Sinneserscheinung beobachten, eine Erscheinung, die abergläubischen Leuten zu allerlei geheimnisvollen Deutungen und zu allerlei Aberglauben für 1931 Veranlassung gegeben hat. Man sah an dem flachen Nachthimmel den Mond von einem „Hof“ umgeben.

wie man ihn in unseren Breiten sonst nicht zu beobachten pflegt. Es war ein Riesenhof, ein gewaltiger, scharf abgegrenzter Schattenkreis, der graulich in die helle Färbung des Gewölbes geschnitten war. Fast ein Drittel des gesamten sichtbaren Himmels dürfte dieser Riesenhof eingenommen haben. Unmäßig wurde der Schatten unbestimmt, bis er schließlich ganz verschwand. Nur die Astronomen konnten sofort genau, was los gewesen war. Es handelte sich um eine sogenannte Halo-Erscheinung.

(vom griechischen „halos“, die runde Krone der Ring), die dadurch zustande kommt, daß obere Luftschichten Feuchtigkeit übermäßig sind, was zur Folge hat, daß eine starke Strahlenbrechung eintritt. Bei der Sonne kann man Erscheinungen dieser Art häufiger beobachten.

Amtlicher Teil.

Polizeiverordnung über die Polizeistunde.

Auf Grund des § 14 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (RGBl. I Seite 146) des Abschnitts 1 Nr. 3 der Preisverordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gaststättengesetzes (Preußische Gesetzammlung Seite 117), der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Preußische Gesetzammlung Seite 195), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung (Preußische Gesetzammlung S. 265) sowie der Artikel III und VIII der Verordnung über Vermögenssituation und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) wird nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes und mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Sachsen folgendes verordnet:

§ 1. Für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften aller Art sowie für Theater, Lichtspielvorführungen, Varietés, Kabarets und für alle Darbietungen, die eine Erlaubnis nach § 33a der Preisverordnung bedürfen, wird der Beginn der Polizeistunde allgemein auf 1 Uhr festgesetzt.

Für die Stillsetzung wird eine Polizeistunde nicht festgesetzt. Die Polizeistunde endet in allen Fällen um 6 Uhr.
§ 2. In den Stadtteilen Magdeburg und Halle a. S. beginnt die Polizeistunde in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom ersten zum zweiten Weihnachtstage um 3 Uhr, in den Nächten vom Sonntag zum Montag, vom zweiten zum dritten Weihnachtstage der drei großen Feste (Heim, Pfingsten und Weihnachten) und in der Nacht vom ersten zum zweiten Januar um 2 Uhr.

In diesen Stadtteilen kann die Ortspolizeibehörde nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes für eine beschränkte Zahl von schankwirtschaftlichen Betrieben den Beginn der Polizeistunde wiederum auf 3 Uhr festsetzen. Diese Betriebe dürfen ihre gesamten Räume nicht vor 15 Uhr öffnen.

In dem Stadtteile Erlurt beginnt die Polizeistunde in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom ersten zum zweiten Weihnachtstage um 2 Uhr.

§ 3. Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem Bedürfnis

a) für einzelne Veranstaltungen
b) aus besonderem Anlaß aus allgemein, jedoch nur vorübergehend,

den Beginn der Polizeistunde anderweit festsetzen.
In Kur- und Badeorten kann die Ortspolizeibehörde während der Sommer- und Winterferien den Beginn der Polizeistunde allgemein auf 2 Uhr festsetzen.

Die Ortspolizeibehörde hat vor jeder allgemeinen anderweitigen Festsetzung des Beginnes der Polizeistunde die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zu hören.

§ 4. Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem, dringendem, öffentlichen Bedürfnis für einzelne Schank- und Speisewirtschaften das Ende der Polizeistunde auf einen früheren Zeitpunkt als 6 Uhr festsetzen, frühestens jedoch auf 4 Uhr.

§ 5. Für Jahrmärkte, Vergnügungsspartys, sogenannte Nummernplätze und Darbietungen, die eine Erlaubnis gemäß § 33b der Preisverordnung bedürfen, wird der Beginn der Polizeistunde allgemein auf 23 Uhr, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf 23 Uhr, das Ende der Polizeistunde auf 8 Uhr festgesetzt.

§ 6. Die Ortspolizeibehörde kann, unbeschadet der Maßnahmen aus § 12 des Gaststättengesetzes, einen früheren Beginn oder ein späteres Ende der Polizeistunde festsetzen, wenn sich der Wert oder kein Stellvertreter in der Ausübung seines Gewerbes unzuverlässig erweist oder sich aus seiner Geschäftsführung Unzuverlässigkeiten für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ergeben.

Als Unzuverlässigkeit ist insbesondere die Nichtbeachtung der Polizeistunde, die Nichtumkehrung der Posten über die Beschäftigung von Arbeitnehmern anzusehen. Als Unzuverlässigkeit gilt ferner der Umstand, daß der Wert oder sein Stellvertreter es wiederholt nicht verhindert hat, daß in den Räumen des Betriebes Ausschreitungen stattfinden oder in ihnen Personen sich verhalten, die von dort zur Begehung strafbarer Handlungen oder zu gemeinlichen Abwechslungen ausstrahlen.

§ 7. Der Ausgang von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein ist vor 9 Uhr in allen Betrieben, sowohl den in § 1 als auch in § 5 bezeichneten, verboten. Das Verbot tritt auch dann, falls das Branntwein in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Die Ortspolizeibehörde kann nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für Destillationsbetriebe (Betriebe, in denen lediglich oder vorzugsweise Branntwein ausgearbeitet oder der Kleinhandel mit Branntwein betrieben wird) einen früheren Beginn der Polizeistunde, als in § 1 bestimmt, festsetzen.

§ 8. Die Ortspolizeibehörde hat die Einhaltung der Polizeistunde zu überwachen. In diesem Zweck können die Beamten der Polizei- und Sicherheitsdienstes jederzeit alle Räume betreten, die der Polizeistunde unterliegen.

Die von der Ortspolizeibehörde ausgestellte Bescheinigung über die nach § 2 Absatz 2, § 3 und 4 anderweit festgesetzte Polizeistunde ist den im Absatz 1 genannten Beamten auf Verlangen vorzulegen.

§ 9. Wer als Gast in einer Schankwirtschaft, in Schankräumen einer Gastwirtschaft, in einer Speisewirtschaft oder an einem öffentlichen Vergnügungsort über die in den §§ 1, 2 oder 5 dieser Verordnung bestimmte oder auf Grund des § 2 Absatz 2, §§ 3, 4, 6 oder 7 Absatz 2 dieser Verordnung durch die Ortspolizeibehörde vorgeschriebene Polizeistunde hinaus verweilt, obwohl der Inhaber oder dessen Vertreter oder ein Polizeibeamter ihm zum Weggehen aufgefordert hat, wird gemäß § 29 Nr. 9 des Gaststättengesetzes mit Haft und Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer als Inhaber einer Gast- oder Schank- oder Speisewirtschaft oder eines öffentlichen Vergnügungsortes oder als Vertreter des Inhabers darauf, daß ein Gast über die auf Grund der §§ 1, 2 oder 5 dieser Verordnung bestimmte oder auf Grund des § 2 Absatz 2, §§ 3, 4, 6 oder 7 Absatz 2 dieser Verordnung durch die Ortspolizeibehörde vorgeschriebene Polizeistunde hinaus in den Schankräumen oder an dem Vergnügungsort verweilt, wird gemäß § 29 Nr. 7 des Gaststättengesetzes mit Haft und Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 10. Wer dem Verbot des § 7 zuwiderhandelt, wird gemäß § 29 Nr. 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 11. Im übrigen werden Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft, bestraft.
§ 12. Diese Polizeiverordnung tritt am 15. Dez. 1930 in Kraft. Sie tritt, sofern sie nicht vorher aufgehoben wird, am 31. Dezember 1940 außer Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung tritt die Polizeiverordnung vom 16. September 1930 über die Polizeistunde (Amtsblatt der Regierung Magdeburg Seite 203, Amtsblatt der Regierung Merseburg Seite 205, Amtsblatt der Regierung Erfurt Seite 129) außer Kraft.

Magdeburg, den 4. Dezember 1930.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.

D. P. 14868 S.

Dr. Fald.

Vorliegende Polizeiverordnung tritt an die im Amt. Verordnungsblatt 6. Jahrgang, Nr. 27 veröffentlichte Verordnung, Torgau, den 23. Dezember 1930.

Dr. Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Verordnung über das Verbot des Ausschankens von Branntwein und des Kleinhandels mit Branntwein für die Stunden vor 9 Uhr vormittags vom 25. November 1930.

Auf Grund des § 15 Satz 1 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (RGBl. I S. 146) wird für den Bereich des Landes Preußen folgendes verordnet:

§ 1. Der Ausgang von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein ist in den Stunden vor 9 Uhr vormittags

verboten. Dieses Verbot gilt nicht für den Kleinhandel mit Branntwein in feuerverschlossenen, mit der Firma des Herstellers oder Händlers versehenen Flaschen.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot des § 1 werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.
§ 3. Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Veröffentlichung in der Preussischen Gesetzammlung in Kraft.

Berlin, den 25. November 1930.

Der Preussische Minister des Innern. Seevering.

Veröffentlicht.

Das Verbot gilt nicht für den Kleinhandel mit Branntwein in feuerverschlossenen, mit der Firma des Herstellers oder Händlers versehenen Flaschen. Für die Zeit vor Beginn der Polizeistunde bis 7 Uhr früh gilt § 14 Abs. 2 Satz 2 des Gaststättengesetzes vom 28. 4. 1930 (RGBl. I S. 146). Die W. D. tritt am 13. 12. 1930 in Kraft.

Die Ortspolizeibehörde erlaube ich, die beteiligten Gewerbetreibenden unverzüglich von der Anordnung in Kenntnis zu setzen und deren Innehaltung zu überwachen.

Torgau, den 11. Dezember 1930.

Dr. Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Polizeiverordnung über das öffentliche Ausschlagen, Anheften und Ausstellen von Plakaten vom 8. Dezbr. 1930.

Auf Grund des § 30 Abs. 2 des Preisgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (RGBl. S. 65), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Preuß. Gesetzammlung S. 265) in Verbindung mit den §§ 137, 139 und 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Preuß. Gesetzammlung S. 195), der Artikel III und VIII der Verordnung über Vermögenssituation und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) wird unter Hinweis darauf, daß der Fall keine Aufsicht duldet und deshalb die Zustimmung des Provinzialrats nicht ausreicht, nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das öffentliche Ausschlagen, Anheften und Ausstellen von Plakaten, deren Inhalt den Zustand einer strafbaren Handlung erfüllt oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, ist verboten.

Plakat im Sinne dieser Verordnung ist jede Druckschrift, die zur Verbreitung durch öffentliches Ausschlagen, Ausstellen oder Auslegen bestimmt ist.

§ 2. Die Verwendung der roten Farbe für Plakate, die nicht amtliche Bekanntmachungen öffentlicher Behörden enthalten, ist verboten.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig RM., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft, bestraft.

§ 4. Plakate, die zu einer den Vorschriften der §§ 1 und 2 widersprechenden Verbreitung bestimmt sind, unterliegen der polizeilichen Sicherstellung; soweit eine solche Verbreitung stattgefunden hat, können sie polizeilich beseitigt werden.

§ 5. Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 1930 außer Kraft.

Magdeburg, den 8. Dezember 1930.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen. Dr. Fald.

Veröffentlicht.

Torgau, den 22. Dezember 1930.

Dr. Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Saison- und Inventurausverkäufe.

Auf Grund des § 9 Abs. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl. S. 499) bestimme ich hiermit, für die Regierungsbüro Magdeburg nach Anhörung der zuständigen gesetzlichen Gewerbe- und Handelsvereinigungen folgendes:

1. Die Ziffern 2 und 3 meiner Bekanntmachung vom 5. Oktober 1910 (Mag.-Amtsbl. 1910 S. 334) erhalten folgende Fassung:

Ziffer 2. Die Saison- und Inventurausverkäufe finden auf die Zeit vom 6. Januar bis einschließlich 18. Februar und vom 1. Juli bis einschließlich 11. August j. J. befristet.

Ziffer 3. Die Dauer der Inventur- und Saisonausverkäufe darf zwei Wochen nicht überschreiten.

2. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft. Die übrigen Bestimmungen meiner Bekanntmachung vom 5. Oktober 1910 bleiben auch weiterhin in Geltung.

Merseburg, den 13. Dezember 1930.

Der Regierungsvorsteher.

Veröffentlicht!

Die Ortsbehörden erlaube ich um sofortige ortsübliche Bekanntgabe.

Torgau, den 20. Dezember 1930.

Dr. Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 3. Januar 1931.

Der Amtsvorsteher.

Die Säuglings-Verwaltungs- und Wiesgestunde findet am Dienstag, den 6. Januar 1931, von 15 bis 17 Uhr Markt 23, statt.

Die Fürsorgestelle.

Sofales und Provinzielles.

* Der Eintritt in das neue Jahr wurde in der üblichen Weise begangen. Feiertlich hingen die Glöden vom Turme, das alte Jahr zu Grabe geliebt und das neue Jahr begrüßt. In den Sälen und verdieberten Lokalen vergnügte sich die Jugend bei Spiel und Tanz. Die meisten Einwohner feierten die Jahreswende nach altem Brauch im Saule. Mit Frohsein wurde vom alten Jahr getrieben, mit Frohsein ins neue Jahr eingetreten, in der Hoffnung, daß es viel Gutes beheren möge.

* Am 5. Januar wird Gerichtstag in Annaburg abgehalten.

* Achtung Steuerarten! Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, seine Steuerkarte für 1931 bei Beginn des

Wird Dr. Curtius Ratsvorsitzender?

Über hat der Reichsaussenminister auf den Vorschlag im Völkervertrag verdrückt? Nach einer Berliner Meldung des "Journal de Genève" hat Reichsaussenminister Dr. Curtius auf den Deutschen ausstehenden Vorschlag auf der Januartagung des Völkervertrages verzichtet und den englischen Außenminister Chamberlain ersucht, an seiner Stelle im Januar den Vorschlag im Völkervertrag zu übernehmen. Eine amtliche Bekräftigung des Verzichts der deutschen Präsidenschaft auf der kommenden Januartagung liegt im Völkervertragsamt noch nicht vor. Da die Frage des Verzichts im Völkervertrag zu irdigen Aufstellungen führen könnte, ist hier folgendes festgehalten: Nach den Bestimmungen des Völkervertrages handelt es sich bei der Behandlung der deutschen Beschwerden gegen Polen vor dem Völkervertrag keineswegs um ein Verfahren zwischen Deutschland und Polen, sondern lediglich um ein Klageverfahren gegen Polen vor dem Völkervertrag als solchem. Die deutschen Beschwerden sind jaungemäß zu einer Sache des gesamten Völkervertrages geworden, vor dem sich Polen zu verantworten hat. Durch einen Verzicht auf die deutsche Präsidenschaft darf unter keinen Umständen der Einbruch entstehen, als ob Deutschland sich in dem Klageverfahren neben Polen als Partei ansieht. Über die stehende Beschwerde gegen Polen hat der Völkervertrag in seiner Gesamtheit mit Einschluß des deutschen Ratsmitgliedes zu entscheiden.

Der Europäische Ausschuss.

Programm der am 16. Januar beginnenden Tagung. Das Sekretariat des Völkervertrages hat zur Vorbereitung der am 16. Januar beginnenden in London tagenden Europäischen Ausschusses sämtlichen im Ausschuss vertretenen europäischen Regierungen eine Denkschrift übermitteln, die in erster Linie einen europäischen Charakter tragen. Im allgemeinen nimmt man an, daß der Europäische Ausschuss auf der Januartagung, im wesentlichen deutschen Anträgen folgend, sich mit nachstehenden Fragen beschäftigen wird: 1. Bildung eines Büreaus; 2. Aufstellung eines allgemeinen Arbeitsprogramms; 3. die Zugewinnung der europäischen Nichtvölkervertragsmitglieder (Sowjetrußland und der Türkei); 4. wirtschaftspolitische Fragen. Den Vorschlag auf der Januartagung des Europäischen Ausschusses führt Dr. Curtius Generalsekretär ist der stellvertretende französische Generalsekretär des Völkervertrages, A. de L.

Mussolini für Revision der Friedensverträge.

Was sein Bruder Arnaldo Mussolini über den Duce sagt. In einem Vortragsstück seines "Popolo d'Italia" fordert Arnaldo Mussolini Gerechtigkeit. Es sei Völkervertrag ein Arbeitsspiel unterdrückt wird, ganze Generationen müssen arbeiten, um die Kriegsschuld zu tilgen. In einer solchen Atmosphäre seien nicht die besten Werke auf, und der Kommunismus hat freies Spiel für seine Propaganda. In die Arbeit in normalen Zeiten schon eine Ausbeutung, so wird sie zu einer geradezu unerträglichen Ausbeutung, wenn es sich darum handelt, die Arbeit in den Dienst des ausländischen Kapitals zu stellen. In der Auffassung des Duce sei die Revision der Verträge nicht eine philosophische Idee, sondern eine historische Notwendigkeit. Sie liege in der Verneinung des Krieges gerichtet und entspreche keinem einzelnen nationalen Interesse, sondern dem europäischen Interesse und dem Interesse der Welt.

Kampf für die zweite Republik.

Ein Aufruf der Radikal-Demokratischen Partei. Die Radikal-Demokratische Partei erklärt anlässlich des Jahreswechsels einen Aufruf, in dem sie den Kampf für die zweite Republik fordert. In dem Aufruf heißt es u. a.: Der Kampf für die zweite Republik, für die Republik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn alle die für diese Republik zu kämpfen bereit sind, sich in bester Form zusammenfinden.

Oberverschlesien durch die polnische Drille.

Was der polnische Innenminister festhielt. In dem Bericht des polnischen Innenministers in Oberverschlesien meldet die "Regierungsschau", es sei Elabotowski gelungen, die polnischen deutschen "Anmachens" über die polnischen Gewalttaten während der Wahlen zu demaskieren. Obwohl sich der Minister nur wenige Stunden in den Kreisen Wiesz und Bydgoszcz aufgehalten hat, soll er die Unrichtigkeit der deutschen Anschuldigungen festgestellt haben. Ein polnischer Vorkaufsmann, dem man angeblich im Oktober verweigert hat, erhielt vom Minister ein Weihnachtsgeheim von 500 Taler, während die in Wertschätzung geschätzten Deutschen leer ausgingen. In Gohentzen soll der Minister festgehalten haben, daß nur ein einziger Deutscher, der dazu noch bezahlter Agent sei und die dortige Bevölkerung aufgeheitert habe, vertriegelt worden sei. Die übrigen Geschädigten seien keine Deutschen (2), da sie mit dem Minister polnisch gesprochen hätten. Der Deutsche Volksbund habe kein Recht, ihre Interessen zu vertreten.

Das vorliegende authentische Material läßt die Vorgänge in Oberverschlesien in die erschreckend, daß alle Verhältnisse, unabhängig der Tatsachen unangenehm, zwecklos sein müssen.

Hoersch bei Briand.

Amliche Verkaufbarung. „Der deutsche Vorkaufsmann von Hoersch, der in den Weihnachtsferien Gelegenheit hatte, mit dem Reichsaussenminister Curtius zusammenzutreffen und der von seinem letzten Urlaub nach Paris zurückgekehrt ist, hatte eine längere Unterhaltung mit dem französischen Außenminister Briand über stehende polnische Fragen.“ Wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, hat der deutsche Vorkaufsmann vor allem die Beschwerden zur Sprache gebracht, die die Reichsregierung dem Völkervertrag in der Frage der deutschen Minderheit in Oberverschlesien unterbreitet hat. Die Behandlung dieser Beschwerden im Senat steht selbstverständlich auf schwebenden Füßen, von polnischer Seite. Es ist anzunehmen, daß Polen auch in diesem Fall die Unterstützung der französischen Regierung finden wird, wenn es die deutsche Forderung ablehnt und die Zurückweisung des deutschen Materials befürwortet. Schon jetzt handelt es sich daher darum, einen Weg zu finden, der es ermöglicht, einen Mißerfolg des deutschen Vorstoßes zu vermeiden.

Neue Bande zwischen Deutschland und Oesterreich.

Die Handelsverträge vom österreichischen Bundesrat genehmigt. Der Bundesrat genehmigte den Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, das deutsch-österreichischen Abkommen über den kleinen Grenzverkehr und den deutsch-österreichischen Vertrag über die Wirtschaftliche Zollfragen. Namentlich sind endlich die handelspolitischen Verhandlungen zwischen den beiden Staaten umfassender als früher geregelt. Der Nationalrat genehmigte schließlich den deutsch-österreichischen Vertrag über die Sozialversicherung.

Die Deutschen an der Saar.

Der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Bundesratsabgeordneter Schmeißer, sagt für die Saarländer: „Das zu Ende gehende Jahr fuhr bei uns Saargebiet ein Jahr der politischen Enttäuschung gewesen.“ Schmeißer weist nach auf die fast gar nicht zählbaren Fälle der Regierungskommission hin, die die Verantwortliche im Saargebiet nicht richtig schätzten. Dem Saargebiet könnte es viel besser gehen, wenn die Regierungskommission mehr mit der Bevölkerung zusammenarbeiten, wenn sie weniger die französischen Interessen der Saarländer berücksichtigen würde. Und der Vorsitzende der Zentrumspartei des Saargebietes, Reichsamtmann Stegmann, schreibt: „Unsere deutsche Treue ist unwandlungbar. Wir leben eine Autonomie als ein lebensunfähiges, der Korruption ausgelegtes Geblöde ab. Wir wollen zum deutschen Vaterland lieber heute als morgen.“

Der Führer der Deutschnationalen. Geheimrat Dr. Hugenberg veröffentlichte einen Aufruf, in dem gesagt wird: „Wie der 14. September 1930 gezeigt hat, begannen heute wieder unpolnische Kreise des deutschen Volkes einzugehen, das Young-Plan und Erfüllungspolitik sein Elend und der Marxismus sein Verderben ist. Aber nun muß eine sogenannte bürgerliche Regierung die Hand über den Marxismus halten. Artikel 48 und alle sonstigen Kräfte der Verfassung sind dazu da, den natürlichen verfassungsmäßigen, gegen den Marxismus gerichteten Lauf der Dinge zu hemmen. Das Dilemma des deutschen Volkes wird im des Marxismus mühen ans Ziel geleitet. Ungehore Vor, ungeheure Katastrophe und ungeheure Spannung demagogisch sich des deutschen Menschen.“

Aufruf Adolf Stiller. Das Haupt der Nationalsozialisten, Adolf Stiller, läßt einen Aufruf erscheinen, in dem die Nationalsozialisten zunächst aufgeführt werden, im Kampf gegen die Angriffe der Gegner eine ungetrennte Gemeinschaft zu bilden. Weiter verlangt Stiller von seinen Anhängern: „Seht nicht mehr, treu hinter mir. Ich verlange von euch nichts Ungewöhnliches, fordere nichts, was euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetz bringt, verlange aber, daß ihr mit mir auf dem Wege, den das Gesetz gebietet und mit mein Gewissen und meine Ehrlichkeit vordringt, in Treue folgt und euer Schicksal mit dem meinem verbindet. Dann wird nach zwölf Monaten der Weg zur deutschen Freiheit offen sein.“

Dr. Seld für das Zweitammersystem.

Zur bayerische Ministerpräsident über die Reichsreform. Zum Jahreswechsel wandte sich der bayerische Ministerpräsident Dr. Seld an das bayerische Volk. Die bayerische Regierung werde alle Kraft daran legen, die Not zu lindern. Zur Verhütung noch größeren Elends liege es auch aufschließen, jeden Umfurcherlauf im Reine zu erschöpfen, gelobdelt, von welcher Seite er unternommen werden sollte. Die Mängel des Verfassungslebens stünden darin, daß die Reichsgewalt als solche einer hindernisvollen Grundlage entbehrte, sie rufe also einseitig auf dem Reichsparlament. Dr. Seld fordert als Trappeltier für die Bildung einer starken Reichsgewalt die

Erhebung des Reichstages zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer nach dem Vorbild des Bundesrates, Gemäßleistung einer größeren Stellung der Reichsregierung und Ausbau der verfassungsrechtlichen Machtwortkompetenzen des Reichspräsidenten. Die Verfassung dürfe nur in allererstennotwendigen Fällen geändert werden. Es sei besonders Aufgabe im kommenden Jahre und in der Zukunft, den Leistungsleistungen der jüngsten Wählerstand zu leisten.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen.

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung. In den Kreis der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 ist u. a. der bisherige Entwurf zu einem Gesetz über die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen entworfen worden. Die neuen Vorschriften treten am 2. Januar 1931 in Kraft. Von zuständiger Stelle mitgeteilt ist, sind die Ausführungsbestimmungen der Reichsregierung, der Minister für Volkswirtschaft als als Ausräumungsbehörden die Regierungspräsidenten, für Berlin den Oberpräsidenten in Berlin-Charlottenburg und für den Bezirk des Ruhrbezirkspräsidenten der Verwaltungspräsidenten in Essen bestimmt. Ferner ist von den zuständigen Ministern angeordnet worden, daß die zurzeit noch stehenden Anträge auf Bewilligung von Gebäuden und Stempelsteuerbefreiung sowie Ausschreibung von Beschaffungen, soweit ihre Erledigung vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften nicht mehr möglich ist, der neuen Ausräumungsbehörde zur Prüfung und Entscheidung auf Grund der neuen Vorschriften zugewiesen sind. Die neuen Stellen sind auch angeordnet, den Vertragsstellen von der Veränderung der Reichsrente Kenntnis zu geben. Weitere Anordnungen der obersten Landesbehörden sind vorbehalten worden.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Hohenegg und seine beiden Frauen

Roman von Gert Rothberg. 22. Fortsetzung. Konstantine sah Joachim und Hanna an. „Na, ihr nehmt es ja hübsch ruhig auf. Ich aber sage euch, die Schwiegermutter ist größer, wie ihr denkt.“ Hannas Lippen zuckten. „Ich begreife dich nicht, Tante Selma. Unerträglich ist kein Mensch. Wir müssen natürlich sofort Schritte tun, um eine neue Pflegerin zu beschaffen.“ Konstantine wiegte den Kopf. „Ich sehe Schwierigkeiten!“ beharrte sie. Da fiel ihr Blick auf Joachim und sie sah, wie er nur mühsam seine Ruhe bewahrte. Da fuhr es ihr schreckhaft durch die Seele: Was war hier geschehen? „Du sagst gar nichts, Joachim, da weißt doch sehr mit Fräulein Kenner zufrieden?“ fragte Hanna plöblich. Er hob den Kopf. Seine blauen Augen blickten sie finster an. „Gewiß, Hanna, eine gewissenhaftere Pflegerin wird das Kind kaum finden. Wir tut ihr Fortgehen leid, sehr leid, doch ich ehre ihre Gründe.“ Konstantine schweig. Ihr kamen sonderbare Gedanken. Es war ihr, als habe sie mit ihrer allzu großen Sorge um das Wohl ihrer Angehörigen einen schweren Fehler gemacht. Hätte sie die Augen lieber nach einer anderen Seite hin aufwenden sollen? Schweigend verließ das weitere Frühstück. Joachim tritt dann sofort auf die Felder hinaus. — „Ruth, liebe Ruth, ich habe dich ja so lieb und dein Ansehen, der mir so wichtig gibt, dich besitzen zu können! Dagegen auf dem alten Esso, in der Ecke zusammengeschauert, sah Ruth. Auf die entsetzten Fragen gab sie immer wieder nur die eine Antwort: „Frage mich nicht — ich kann euch nichts sagen.“

Nenners sahen sich auf das tiefe erschrocken an. So sehr sie sich auch Mühe gaben, aus Ruth etwas herauszubringen, es war vergebens. „Was sollen die Leute denken“, jammerte die alte Dame. Am Nachmittag wurde Frau Kenner ruhiger. Der Bote brachte den Koffer vom Großherzog und das Zeugnis. Ein glänzendes Zeugnis. Dancure stand. „Die Gründe des plötzlichen Fortgehens Fräulein Nenners sind uns unbekannt, doch wir ehren die Gründe, da sie nur ehrenwerter Natur sein können.“ Konstantine von Hohenegg. Als Frau Kenner am Abend in der kleinen blühblauen Küche wehte, um das Abendbrot herzurichten, setzte sich der alte Herr neben Ruth. Mit diesem Druck nahm er ihre Hände in die seinen. „Ruth, mir kommt du alles sagen! Warum gingst du fort?“ Sie zuckte den Kopf. Da ließ der alte Herr ihre Hände fallen. Fast rauh hob er ihr Kinn in die Höhe, sah ihr in die Augen. „Ruth, mühen wir uns deiner schämen?“ Groß und klar traf ihn da der Blick. „Nein, Großpapa, ich ging fort aus Hohenegg, weil ich mich nicht verlieren wollte.“ Er atmete erleichtert auf. Nach einer Weile fragte er: „Du liebst Herrn von Hohenegg?“ „Ja.“ „Er liebt dich wieder?“ „Ja.“ „Habt ihr euch das geliebt?“ „Ja, Großpapa. Gestern Abend, und deshalb ging ich.“ Der alte Herr nickte ein paar mal mit dem Kopf. „Ich kann ihn nicht in gewisser Hinsicht verstehen. Aber daß er dich mit hineinziehen wollte in sein Schicksal, das war ungerührt von ihm.“ Da brach es aus Ruth hervor: „Großpapa, sage nichts gegen ihn. Ihn trifft keine Schuld — es war Bestimmung.“

Er schweig. Nach einer Weile fragte er zögernd: „Was meinst du, Ruth, was nun geschehen soll?“ Ruth sah ihn bittend an. „Ich muß euch verlassen, wenn mir auch darüber das Herz blutet. Doch es muß sein. Ich werde nach Berlin gehen, mich in Krankenpflege ausbilden lassen. Man lernt ja nie genug, und dann bin ich für das Leben gewappnet.“ Er streichelte ihre Hände. „Aber auf Besuch kommt du, so oft du kannst! Ruth, wir haben nichts auf der Welt als dich — tue es bei Großmama zuliebe.“ Ruth küßte die welte Greisenhand. „Ich komme, so oft es irgend geht, Großpapa, nur hierbleiben kann ich jetzt nicht.“ Ruth war fort, nach Berlin. Wochen waren bereits darüber hinweggegangen. Der Oberförstmeister besaß einen alten Freund in Charlottenburg und dort, in dem kleinen Saale mit den grünen Fensterläden und dem blickten, blühenden Garten wohnte nun Ruth. Noch war ihr Herz todmüde, noch riefen alle ihre Gedanken in unbeherrschter Sehnsucht Joachim Hohenegg. Von ferne burfte sie ihn lieben, an ihn denken. Sie dachte an seine Küsse, seine lieben Worte. „Joachim“, sagte sie leise, „wie gut, daß wir ohne Schuld aneinander denken können.“ Einmal ging der alte Oberförstmeister durch den Wald. Auf einem stillen dunklen Wege traf er den Beschloßherren von Hohenegg. Sie grüßten sich und mochten ein paar freundliche Worte. Im Laufe des Gesprächs fiel plötzlich von Joachim Lippen Ruths Name. Der alte Herr sah ihm fest und ruhig in die Augen. „Ja, Herr von Hohenegg, ich weiß es.“ Um Joachim ausdrucksvollen Mund zuckte es erregt. „Und — wo — wo ist Ruth jetzt?“ (Fortsetzung folgt.)

